



Stefan Fröhlich

Das Ende der Selbstfesselung

Deutsche Außenpolitik
in einer Welt
ohne Führung

EBOOK INSIDE

 Springer

Das Ende der Selbstfesselung

Stefan Fröhlich

Das Ende der Selbstfesselung

Deutsche Außenpolitik in einer
Welt ohne Führung

 Springer

Stefan Fröhlich
Institut für Politische Wissenschaft
Universität Erlangen-Nürnberg
Erlangen, Deutschland

ISBN 978-3-658-25142-0 ISBN 978-3-658-25143-7 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25143-7>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Umschlagfoto: Bundesregierung/Denzel

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Für Silvia – sie weiß, warum ...
und meine Söhne Daniel und Tobias

INHALT

PROLOG	1
KAPITEL 1	
Die leidige Debatte um Deutschlands Rolle in der Welt – von der Überwindung der Teilung zur neuen deutschen Frage	7
Keine Angst vor Deutschland – Die mühsame Entwicklung deutscher Außenpolitik	14
Vom Ende des Westens und verantwortlicher Machtpolitik	20
Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik in einer radikal veränderten Welt	26
KAPITEL 2	
Die Zukunft der Weltwirtschaft und des Euroraums	33
Die deutschen Handelsüberschüsse – Gefahr für die Weltwirtschaft?	35
Eine Agenda für die nachhaltige Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit	40
Die Eurokrise – Deutschlands alternativer Weg der Solidarität	51

KAPITEL 3

Zwischen den Fronten. Konflikt- und Krisenmanagement an den östlichen und südlichen Flanken der EU	63
Sicherheit in Europa – Russland und die Ukraine-Krise	67
Von Tabubrüchen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – Die Krisen an der südlichen Peripherie	76
Europas Verteidigung und das Austarieren militärischer Macht	83
Die Flüchtlingskrise und das Dilemma der Idee der humanitären Intervention	95

KAPITEL 4

Die transatlantische und andere strategische Partnerschaften – Deutschland im Konzert der globalen Systemveränderer	105
Das Schicksal in die eigenen Hände nehmen ...	
Zur Zukunft des transatlantischen Verhältnisses	108
Zur notwendigen Neubewertung des Verhältnisses zu Russland	117
Warum uns China tangiert	129

KAPITEL 5

Deutschland neuer außenpolitischer Pragmatismus	139
Die Selbstbehauptung im neuen Systemwettbewerb hat ihren Preis	144
Pragmatismus bedeutet nicht Beliebigkeit, sondern erfordert strategische Prioritäten	151
Das Ende der Selbstfesselung – warum die Debatte über die deutsche Rolle überholt ist	155
Europas Metamorphose	159
Angekommen	164

LITERATUR	169
------------------	-----

PROLOG

Die Idee zu dem vorliegenden Buch entstand während eines längeren Forschungsaufenthalts in Washington 2016/17. Gemeinsam mit vier amerikanischen und drei europäischen Kollegen arbeitete ich an einer Studie zur Rolle Deutschlands in Europa und deren Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen. Dabei wurde deutlich, wie sehr die Erwartungshaltung an die deutsche Außenpolitik aufgrund Deutschlands unfreiwilligen Aufstiegs zur zentralen Macht in Europa seit 2010 unverändert kontrastiert mit dem Bild über die tatsächlich geleisteten Beiträge des Landes in der Welt.

Diese Erkenntnis war an sich zunächst nicht neu. Irritierend aber war, wie einige der Kollegen dabei reflexartig noch immer die stereotypen Vorbehalte bezüglich der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung des Landes bedienten: Gleich welche Führungsrolle man Deutschland zuschreibt oder Erwartungen man an die deutsche Außen- und Europapolitik hat, die politische Stärke Berlins wird von vielen Beobachtern nach wie vor mehr als Risiko denn als Chance Europas gesehen. Und sie wird in der Außendarstellung von politischen Verbündeten wie Gegenspielern gerne auch zu eigenen (Macht-)Zwecken instrumentalisiert. So wird das Land wahlweise hochgelobt und kleingeredet, bewundert und kritisiert, vielen ist es zugleich zu stark und zu schwach.

Solche Widersprüchlichkeiten sind umso erstaunlicher, als

sich das Bild Deutschlands in der Welt in den vergangenen Jahren nach Umfragen doch sehr zum Positiven gewandelt hat und im Grunde keiner ernsthaft Zweifel an seinen Absichten hat, im Gegenteil die Stimmen derer lauter werden, die sich mehr politische Führung des Landes ausdrücklich wünschen. Sie lassen sich aber damit erklären, dass die Erwartungshaltung an eine deutsche Führungsrolle einem ganz einfachen Narrativ folgt: Danach soll Deutschland die Rolle des »wohlwollenden Hegemons« einnehmen, für Europa das sein, was Amerika angeblich für die Welt nach 1945 war – altruistische »Führungsnation« im Dienst einer stabilen europäischen und Weltwirtschaft. Begründet wird dies dann gerne mit dem stereotypen Vorwurf, jahrzehntelang Trittbrettfahrer gewesen zu sein und sich globaler Verantwortung entzogen zu haben.

Ganz abgesehen davon, dass dies eine verzerrte Wahrnehmung ist, frage ich mich, warum es gerade und noch immer im deutschen Fall gleich besorgniserregend ist, wenn das Land eigene Interessen verfolgt. Tun die USA, Frankreich oder gar Großbritannien etwas anderes? Viel entscheidender aber noch: Warum stellen gerade Kritiker im angelsächsischen Raum scheinbar überhaupt nicht die Frage, wer denn eigentlich, je nach Politikfeld, am Ende die Deutungshoheit im politischen Ideenstreit über den künftigen Kurs Europas und die Zukunft des Westens besitzt? Wer sagt eigentlich, dass der Weg in die Transferunion geeignet ist, Europa im globalen Wettbewerb so zu positionieren, dass es mit China, den USA und (mittelfristig) anderen Schwellenländern mithalten kann? Stattdessen wurden selbst gut gemeinte europäische Beschlüsse von außen schlicht als deutsches Diktat und nacktes Eigeninteresse gewertet.

Die Analyse deutscher Außenpolitik ergibt aber nach meiner Überzeugung ein anderes Bild als das, welches Journalisten und selbsternannte Experten im In- und Ausland nach wie vor gerne zeichnen: Berlins neuer Pragmatismus zur Bewältigung der zentralen europäischen und globalen Herausforderungen

entsprach keinesfalls dem gewohnt verzerrten Bild vom deutschen Machtanspruch in Europa, sondern vielmehr der Einsicht, dass die den Kontinent bedrohenden zahlreichen Krisen nur gemeinschaftlich gelöst werden können – faktisch sowie als Konsequenz des deutschen Machtproblems als Kontinuum des 20. Jahrhunderts. Unabhängig davon, dass Deutschland seit 2010 unfreiwillig zur zentralen Macht in Europa aufgestiegen ist, handelte Berlin in allen drei großen Krisen, mit Ausnahme in der Flüchtlingskrise, nie im Alleingang, sondern am Ende immer in Zusammenarbeit mit seinen Bündnispartnern und anderen Institutionen – allerdings in wechselnden ad-hoc-Konstellationen, abhängig vom Grad des Widerstands und der Unterstützung der jeweiligen Rolle Berlins.

Die Vorzüge dieses Pragmatismus werden allerdings solange nicht anerkannt, wie das Land nicht selbst endlich die Debatte unter Intellektuellen wie Politikern über seine eigentümliche Rolle zwischen Selbstbeschränkung und Hegemonie in Europa und der Welt hinter sich lässt. Sie ist schlichtweg überholt. Und sie wird zunehmend widersprüchlicher und grotesker. Dabei geht es gar nicht mal um die Frage, ob beispielsweise eine Beteiligung Deutschlands an den Luftschlägen gegen das Assad-Regime grundsätzlich richtig oder falsch ist. Man kann darüber diskutieren, ob das Zeitalter der humanitären Intervention spätestens mit dem Scheitern des Westens in diesem Konflikt nicht endgültig der Vergangenheit angehört. Dies gilt zumal in einer Zeit, da sich die USA vorerst aus der weltpolitischen Verantwortung zurückgezogen haben, Großbritannien wohl auf Jahre mit den Konsequenzen des wie immer gearteten Brexits beschäftigt sein wird und Frankreichs Präsident nach kurzem Höhenflug und überwunden geglaubten populistischen Kräften im Land auf dem harten Boden der Realität gelandet ist.

Man kann (militärische) Mitverantwortung aber dort nicht verweigern, wo die eigenen, im Einklang mit dem Völkerrecht stehenden Prinzipien eigentlich eine deutsche Beteiligung er-

fordern. Geradezu verstörend wirkt eine solche Haltung, wenn sie begleitet wird von gleichzeitiger Kritik an denjenigen, die sich, wie jetzt die USA, nunmehr selbst in militärischer Zurückhaltung üben. Es mag zwar richtig sein, dass Trumps unlängst angekündigter, aber noch längst nicht endgültig vollzogener Rückzug aus Syrien vor allem seine Gegner erfreut, dies aber zu kritisieren, steht am wenigsten denen zu, deren Haltung in dieser Frage bis heute nicht eindeutig ist.

Dennoch bin ich auch der Überzeugung, dass die deutsche Außenpolitik besser ist als ihr Ruf ist und dass dieses Land, anders als es die stereotypen Kritiken aus dem In- und Ausland suggerieren, längst in der politischen Realität des 21. Jahrhunderts angekommen ist. Schon deshalb, weil die globalen Herausforderungen nun einmal nicht an unseren Grenzen Halt machen. Wer genauer hinsieht, wird feststellen, dass Deutschland in den vergangenen Jahren bereits mehrfach mit früheren außen- und sicherheitspolitischen Tabus gebrochen hat. Dass dies in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht angekommen ist, obwohl die Bürger dieses Landes Umfragen zufolge instinktiv spüren, dass ihre und Europas Sicherheit sich dramatisch verringert haben, liegt meines Erachtens daran, dass oftmals dieselben, die lautstark fordern, dass das Land mehr Mut aufbringen und für seine eigene Sicherheit Verantwortung übernehmen müsse, im gleichen Atemzug vor deutschem Interventionismus warnen und damit nur zu größerer Verunsicherung beitragen. Und auch daran, dass Politiker wie Intellektuelle sich unverändert scheuen, der Öffentlichkeit die Bedrohlichkeit der Entwicklung der letzten Jahre zu kommunizieren und damit die Voraussetzung dafür zu schaffen, die Selbstfesselung und das damit verbundene Image des Trittbrettfahrers endgültig hinter sich zu lassen.

Dieses Buch will zweierlei leisten: Es möchte einer breiten Leserschaft erklären, dass Deutschlands Pragmatismus der vergangenen Jahre durchaus die passenden Antworten auf die Herausforderungen in Europa und in der Welt gegeben hat;

das schließt nicht aus, dass sein Beitrag zu einer regelbasierten Weltordnung nicht noch größer und entschlossener sein könnte. Anders als uns Beobachter im eigenen Land suggerieren wollen, versteht Deutschland die Welt durchaus. Es ist heute mehr denn je in der Lage, einen realistischen Blick auf die Welt zu ertragen, das hinzunehmen, was man nicht ändern kann, das zu korrigieren, was korrigiert werden muss und beharrlich für das einzutreten, was andere heute in Frage stellen.

Zum anderen plädiert es für eine weniger dramatische Sicht auf die globalen Herausforderungen. Es stimmt, dass die Angriffe auf die liberale Ordnung und damit auch auf Deutschland, wie dieses Buch ebenfalls thematisiert, von innen wie von außen zugenommen haben. Die Welt ist nicht unbedingt stabiler als sie es im Kalten Krieg war, auch wenn großangelegte Invasionen und zwischenstaatliche Kriege uns heute weniger wahrscheinlich erscheinen. Die wechselseitigen Abhängigkeiten haben aber dazu geführt, dass die Machtkämpfe zwischen den Großmächten heute in einem anderen strategischen Umfeld stattfinden, in dem die militärische Komponente sicherlich nicht weggefallen ist, in dem aber vor allem die wirtschaftlichen und technologischen Komponenten die entscheidende Rolle spielen werden. Sich dafür zu rüsten und dabei die eigene Abwehrbereitschaft auf allen drei Ebenen weiter zu stärken, ist die zentrale Herausforderung für die deutsche Außenpolitik.



KAPITEL 1

Die leidige Debatte um Deutschlands Rolle in der Welt – von der Überwindung der Teilung zur neuen deutschen Frage

Von Russland bis zur Flüchtlingskrise, von der Eurozone bis zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), von Brexit bis Trump – in einer Zeit radikaler Ungewissheiten und Umbrüche in Europa und der Welt wächst auch in Deutschland das Bewusstsein, dass man sich größerer welt-politischer Verantwortung nicht mehr entziehen kann. Die Welt ist in Deutschland angekommen. Gleichzeitig wird das politische Berlin von Erwartungen überwältigt, die es nicht erfüllen kann.

Vor diesem Hintergrund beherrschen unverändert zwei Szenarien die Debatten um die künftige Rolle Deutschlands in Europa und der Welt. Die einen sind der Überzeugung, dass Berlin seine traditionelle »strategische Selbstgefälligkeit« beibehalten und die Übernahme größerer außenpolitischer Verantwortung und Führung trotz unbestrittenen Machtzuwachs weiterhin meiden wird. Während Nachbarn und Partner (Polen, Großbritannien und die USA) mehr deutsche Führung in Europa und der Welt einfordern und diese im Krisenmanagement der Eurozone und des Ukraine Konflikts auch erkennen, konzentrieren sich die politisch Verantwortlichen in Berlin vor allem auf die Bewältigung der großen innenpolitischen Herausforderungen (Flüchtlingskrise, Umwelt, Demographie, soziale Gerechtigkeit) und bestätigen damit einmal mehr das Bild von der »zögerlichen Macht«, die sich noch im-

mer schwertut, endlich zum gewünschten Partner der USA (so unter Obama) und seiner europäischen Verbündeten (Frankreich und Großbritannien) zu werden und zu einer Außenpolitik zu finden, die seinem Gewicht entspricht.

Die anderen hingegen sind der Meinung, Berlin habe sich mittlerweile in eben diese Rolle hineingefunden und sein wirtschaftliches Gewicht und seine »strukturelle« Macht (im europäischen Institutionengefüge) in den letzten Jahren zunehmend in größere politische Verantwortung übersetzt. Aus dem »unfreiwilligen Hegemon« ist die neue »Führungsmacht Deutschland«, die »Macht in der Mitte« oder die »zentralen Macht« in Europa geworden, die sich zum Krisenmanager an der Südflanke Europas (Mittelmeerraum) und in Osteuropa aufschwingt, mehr Verantwortung übernimmt und Europa und die liberale Ordnung längst nach ihren Vorstellungen und Interessen aktiv mitgestaltet. Das im Sommer 2016 verabschiedete neue »Weißbuch« ist Ausdruck dieser Bereitschaft, indem das Land nunmehr auch regierungsamtlich seinen europäischen Führungsanspruch formuliert und sich als »aktive Gestaltungsmacht« bezeichnet.

Tatsächlich liegt die Verortung deutscher Außenpolitik zwischen diesen beiden Polen und versinnbildlicht damit die Sehnsucht der Deutschen nach Normalität auch in der Außenpolitik. Es gibt genügend Belege für eine graduelle Verschiebung hin zu einer größeren internationalen Rolle und einem veränderten außenpolitischen Selbstverständnis Deutschlands, das auch in Umfragen unter der Bevölkerung und in den Medien so wahrgenommen wird. Selbst Analytiker und Politiker, die bis vor kurzem die »Kultur der Zurückhaltung« als außenpolitisches Mantra priesen, sprechen in letzter Zeit von notwendiger deutscher Führung »aus der Mitte«. Ob damit tatsächlich ein Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik einhergeht, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die politisch Verantwortlichen in Berlin, deren vornehmste Rolle nun einmal in der Mitwirkung am Willensbildungsprozess des

Volkes besteht, den Bürgern erklären, welche Rolle Deutschland in der Welt spielt und spielen soll.

Ohne Zweifel befindet sich Deutschlands Außen- und Europapolitik seit 2008 in einem Umbruchprozess, der sich allerdings in der medialen Aufbereitung einmal mehr in den gewohnten Paradoxien und Ambivalenzen vollzieht. Der Wandel bedeutet keinen radikalen Bruch mit den herkömmlichen Kernprinzipien und Wertvorstellungen deutscher Außenpolitik. Noch immer atmet die Formulierung, Deutschland sei bereit, sich »früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen«, den Geist der Ernüchterung über die Möglichkeiten und Grenzen deutscher Gestaltungsmacht. Vielmehr ist er Ausdruck der notwendigen Anpassung an die Krisenhaftigkeit Europas seit nunmehr fast zehn Jahren. Der zunehmende Druck von außen hat sowohl die EU wie auch Deutschland verändert und zwei grundsätzliche Fragen über die Zukunft Europas aufgeworfen: Ist die Union in der Lage, auf diese Krisen angemessen zu reagieren? Und wer übernimmt in dieser Phase der Unsicherheiten die politische Führung in Europa – und gar darüber hinaus? Anders formuliert: Wie anpassungsfähig ist die Union und wie unvermeidlich eine deutsche Führungsrolle?

Die stereotype Antwort auf diese Fragen lautet vor allem unter Deutschlands Nachbarn und in den USA in aller Regel, dass eine solche Führungsrolle Berlins geradezu zwangsläufig aus dem zentralen geo-ökonomischen Gewicht Deutschlands erwachse (mit einem Anteil von 28 Prozent am BIP der Eurozone), dem Land aber nach wie vor der Wille zur Übernahme politischer Verantwortung im Sinne des »wohlwollenden Hegemons«, der bereit ist, einen überproportionalen Anteil der Kosten für die Stabilisierung der globalen Ordnung zu übernehmen, fehle. Außenpolitik würde demnach unverändert opportunistisch und reaktiv betrieben und sei geprägt von Unberechenbarkeiten und Sprunghaftigkeit, aber eben auch von Eigeninteresse und »Dominanzstreben« im Sinne informel-

ler Machtausübung (Beck: 2013), wie sie Max Weber in seiner Herrschaftssoziologie beschrieben hat.

Abgesehen davon, dass, wenn es um Europa geht, jedes europäische Land seine Interessen verfolgt und unter dem, was die Deutschen in ihrem Idealismus die große »europäischen Idee« nennen, etwas anderes versteht, mag diese Sicht im Ergebnis durchaus plausibel erscheinen. In der Begründung ihres Kausalzusammenhangs aber bleibt sie schwer nachvollziehbar.

Deutschlands häufig geschmähter außenpolitischer Kurs im Allgemeinen und Merkels von »pragmatischer Beliebigkeit« (Streeck: 2012) geprägter Regierungsstil, der vieles im Land grundlegend verändert hat, im Besonderen sind nicht Ausdruck eines plötzlich weniger durch Vorbildfunktion denn durch Hegemonie geprägten Engagements (Maull: 2015). Noch sind sie Ausfluss einer »moralischen Selbstüberschätzung« (Winkler: 2015), gegebenenfalls auch im Alleingang, global das Gute verwirklichen zu können. Vielmehr ist die deutsche Neigung, von einem Extrem (Euronationalismus) ins andere (Willkommenskultur in der Flüchtlingskrise) zu fallen, die Folge des grundsätzlichen Berliner Dilemmas: Gleich, welche Führungsrolle man Deutschland zuschreibt und Erwartungen man an die deutsche Außen- und Europapolitik hat, die politische Stärke Berlins wird nach wie vor mehr als Risiko denn als Chance Europas gesehen und in der Außendarstellung von politischen Gegenspielern wie Karikaturisten gerne auch zu eigenen (Macht-)Zwecken instrumentalisiert. Die Welt projiziert in Deutschland gerne das, was sie will – und das ist oftmals beliebig. So wird das Land, und bisweilen auch deutsche Außenpolitik, wahlweise hochgelobt und kleingeredet, vielen ist es zugleich zu stark und zu schwach. Dies führt selbst hierzulande zu Einschätzungen, Berlin treibe die südlichen Nachbarn mit seiner Austeritätspolitik in den Ruin oder erwarte von den osteuropäischen Mitgliedstaaten, sich das humanitäre Argument zugunsten großzügiger Asylgewährung zu eigen zu machen, obwohl doch deren Gesellschaften jahrzehnte-

lang gegen Einwanderung aus anderen Kulturen abgeschottet waren.

Wer aber besitzt die Deutungshoheit im Ideenstreit über den künftigen Kurs Europas und die Zukunft des Westens? Und warum werden selbst gut gemeinte europäische Beschlüsse von außen als deutsches Diktat und nacktes Eigeninteresse gewertet? Die teilweise groteske Debatte um Deutschlands angebliche hegemoniale Rolle, wie sie vor allem im angelsächsischen Raum, aber auch hierzulande geführt wird, ist wenig zielführend. Das gilt auch für die bisweilen naiven Forderungen nach mehr deutscher Führung in Form von ehrgeizigeren Initiativen für eine bessere Welt – sei es durch aktivere Moderation regionaler Konflikte, entschlossenerer Hilfe bei der Transformation afrikanischer Gesellschaften oder schlicht durch militärisches Mitmachen in der Welt.

In allen Fällen leistet Deutschland längst seinen Beitrag. Und so oder so muss Berlin an die Last der deutschen Geschichte nicht erinnert werden. Daraus aber herzuleiten, dass das starke moralische Bewusstsein Handlungen hervorruft, die andere Effekte haben als intendiert, ist zwar ein bevorzugtes Narrativ, schießt aber über das Ziel hinaus. In der Eurokrise mag der deutsche Finanzminister als unbarmherziger Machtpolitiker wahrgenommen worden sein, weder aber agierte er aus einer Position der moralischen Überlegenheit heraus, noch ließen sich nicht ausreichend ökonomische wie politische Argumente für das am Ende unter maßgeblicher deutscher Federführung geschnürte Kompromisspaket finden. Es gibt nun mal unterschiedliche Vorstellungen davon, wie das einhellige Ziel eines global wettbewerbsfähigen Europas am besten erreicht werden kann. Ebenso wie es unterschiedliche Vorstellungen auf globaler Ebene darüber gibt, wie der vielleicht zentrale Konflikt dieser Zeit zwischen einem regulierbaren, den Ausgleich mit sozialen Bewegungen suchenden Kapitalismus und einem auf die Selbstregulierung des globalen Kapitals setzenden Markt (Neoliberalismus) gelöst werden kann.

Schließlich mag man Berlin auch in der Flüchtlingskrise zu Recht vorwerfen, die möglichen Folgen dessen, was man sagt und tut, nicht vorab bedacht und berücksichtigt zu haben. Dies ändert aber nichts daran, dass Deutschlands von prominenter Seite als »selbstanmaßend« kritisierte noble Gesinnung den westlichen Werten, auf die unsere Verfassung gegründet ist, entsprach. Kaum ein Land bekennt sich ansonsten so vehement zu den unveräußerlichen Menschenrechten, wie sie in der Grundrechtecharta der EU und der Genfer Flüchtlingskonvention verbrieft sind. Warum also entrüsten sich ausgerechnet diejenigen in diesem Land, die seit Jahren einer wertegeleiteten Außenpolitik das Wort reden, nunmehr über die moralische Selbstanmaßung Berlins in der Flüchtlingskrise? Ist dieses Rollenkonzept also doch nicht mehr als ein theoretisches Konstrukt, das für die politische Praxis nur bedingt einsatztauglich ist?

Ganz abgesehen von solchen Fragen, sei dahingestellt, inwieweit die deutsche Reaktion auf die Flüchtlingskrise nicht auch Reflex auf die zahlreichen Anfeindungen und Kritik am ordoliberalen Diktat aus Berlin war.

Von daher gilt: Deutsche Entscheidungsträger wissen, dass die deutsche Macht keine Allmacht und nicht zuletzt auch Ausdruck der derzeitigen Schwäche der gerade in außen- und sicherheitspolitischen Fragen bislang zentralen Mitgliedstaaten in Europa, Frankreich und Großbritannien ist. Und sie wissen erst recht, wie wenig das Land allein die Koordinaten der Politik jenseits von Europa entscheidend ändern kann. Andererseits spürt man unabhängig des Erwartungsdrucks von außen auch in Berlin, dass den großen Herausforderungen, vor denen Europa steht, in dieser Phase weniger mit Regeln und institutionellen Veränderungen als mit Flexibilität und Improvisation begegnet werden kann. Und dass Ereignispolitik politische Führung auch auf die Gefahr des vorübergehenden Verlusts von Ordnung bedeuten kann.

Die Konsequenz daraus ist, dass Berlins Krisenmanagement